

Kurze Geschichte Forschungszentrum Karlsruhe und KIT

- 1955** Erste Genfer Atomkonferenz (International Conference on the Peaceful Uses of Atomic Energy) unter Federführung der UNO. Eisenhower-Programm „Atoms for Peace“.
- 1956** Franz Josef Strauß, Bundesminister für Atomfragen, unterzeichnet Gründungsurkunde der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH in Karlsruhe. Einstieg der Bundesrepublik in die zivile Kernforschung mit Kernwaffenverzicht und Zivilklausel im Gesellschaftsvertrag („Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“)
- 1957** Bundeskanzler Adenauer und Verteidigungsminister Strauß streben die atomare Ausrüstung für die Bundeswehr an. Prominente deutsche Wissenschaftler, neben Werner Heisenberg, Otto Hahn und Carl-Friedrich von Weizsäcker auch Karl Wirtz aus Karlsruhe und Otto Haxel aus Heidelberg, unterzeichnen die „Göttinger Erklärung“ gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr.
- 1959** Bildung der Gesellschaft für Kernforschung mbH (GfK) mit Stammkapital 60 Millionen DM. Dr. Walther Schnurr tritt 1960 in die Geschäftsführung ein.
- 1961** Forschungsreaktor FR 2 wird erstmals kritisch.
- 1962** Gründung des Projekts Schneller Brüter. Die Gesellschaft ist zum Großforschungszentrum mit über 2000 Beschäftigten angewachsen.
- 1967** Unterzeichnung bilateraler Vertrag mit Frankreich über Gründung des „Instituts Max von Laue – Paul Langevin“ (ILL) zwecks Bau eines Hochflussreaktors in Grenoble.
- 1970** Berufung Prof. Dr. Otto Haxel als Nachfolger von Dr. Walther Schnurr zum wissenschaftlich-technischen Geschäftsführer des Zentrums. Beschäftigtenzahl inzwischen weit mehr als 3000.
- 1975** Abberufung Dr. Rudolf Greifeld, administrativer Geschäftsführer seit Gründung, durch Forschungsminister Matthöfer ein Jahr vor Verrentung. Davor hatte Greifeld seinen Posten im Direktorium des ILL/Grenoble verloren. Grund: Antisemitische Äußerungen zulasten des im Zentrum befristet beschäftigten französischen Physikers Leon Gruenbaum. Daraufhin wurde die NS-Führungsfunktion Greifelds im besetzten Paris aufgedeckt. 400 ILL-Beschäftigte hatten seine Entlassung gefordert.
- 1978** Umbenennung der Gesellschaft für Kernforschung mbH (GfK) wird in Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH (KfK).
- 1986** Selbstverpflichtungserklärung von 1.000 Beschäftigten im Kernforschungszentrum und in anderen Großforschungseinrichtungen, eine Teilnahme an SDI-Forschung zu verweigern.
- 1989** Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf wird beendet und Ende des Kalkar-Brüters eingeläutet. Beide zugehörigen Projekte werden eingestellt.
- 1995** Namensänderung in Forschungszentrum Karlsruhe, Unterzeile „Technik und Umwelt“
- 04-2006** Unterzeichnung des Gründungsvertrags „Karlsruher Institut für Technologie“ (KIT) zwecks Zusammenschluss Universität und Forschungszentrum Karlsruhe.
- 12-2007** Unterzeichnung KIT-Binnenvereinbarung mit dem Ziel der vollständigen Verschmelzung.
- 09-2008** Pressemitteilung ver.di-Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald „KIT – Keine Militärforschung in der neuen Karlsruher Großforschungseinrichtung“
- 01-2009** Votum der Uni-Studierenden in einer Urabstimmung für eine einheitliche KIT-Zivilklausel „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“
- 05-2009** Internationaler Appell für eine einheitliche KIT-Zivilklausel gegen jegliche Forschung für militärische Zwecke verbunden mit der Besorgnis „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“.
- 07-2009** Landtagsbeschluss Baden-Württemberg zur Errichtung KIT am 1. Oktober als Körperschaft öffentlichen Rechts und zugleich "staatliche Einrichtung", aber ohne Zivilklausel, lediglich mit der Scheinlösung einer Teilzivilklausel für die Großforschung.
- 08-2009** Offener Brief anlässlich Antikriegstag an Minister Frankenberg und KIT-Rektor Hippler „Klarheit für Zivillorientierung schaffen - Verzicht auf Militärforschung - Keine Kern- und Waffenforschung unter einem Dach - Studierendenvotum, Verfassungsauftrag und Völkerrecht respektieren - Einstein weiter denken - Kriege unmöglich machen“.
- 01-2010** Offener Brief an KIT Präsidium und Senat „Zivilklausel in die Grundordnung aufnehmen - dem Beispiel der Universität Tübingen folgen“.
- 12-2010** Offener Brief an KIT Präsidium und Senat mit Forderung „Zivilklausel in KIT-Grundsatzung“ unter Bezug auf Beschluss der ver.di-Bezirksdelegiertenkonferenz.